

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

12.06.2017

Protokoll

**der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen
am Montag, 12. Juni 2017, im Senatssaal des Rathauses**

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 18:55 Uhr

Anwesenheit

Herr André Bleckmann
Frau Bettina Bruns
Herr Jan Evers
Frau Yvonne Görs
Herr Heiko Jaap
Herr Dr. Andreas Kerath
Herr Stefan Schuppa in Vertretung von Herrn Markus Kolbe
Herr Alexander Krüger
Herr Thomas Mundt
Herr Jörg Neubert
Herr Walter Noack
Herr Dr. Sascha Ott
Frau Birgit Socher
Herr Dr. Rainer Steffens
Frau Brigitte Witt

Verwaltung

Herr Dr. Stefan Fassbinder
Herr Gero Maas
Herr Winfried Kremer
Frau Katrin Teetz
Frau Beate Schinkel
Frau Heike Lüdemann
Herr Carsten Witt
Herr Frank Schütt

Gäste

Frau Anita Weiß – Seniorenbeirat

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 02.05.2017
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Beschlusskontrolle
6. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 6.1. Änderung des Beschlusses B279-11/16 zur Übertragung von Anlagevermögen an den Eigenbetrieb See- und Tauchsportzentrum (heute Seesportzentrum Greif)
Dez. I, Beteiligungsmanagement
- 6.2. 7. Änderungssatzung zur Benutzungs- und Gebührensatzung Musikschule
Dez. I, Amt 41
- 6.3. 3. Änderung der Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Erhebung von Gewässerunterhaltungsgebühren vom 22.02.2010
(Gewässerunterhaltungsgebührensatzung)
Dez. II, Amt 60
- 6.4. Vorschläge zu einem Maßnahmeplan der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zur Vorbereitung einer Mietpreisbremsenverordnung in Mecklenburg-Vorpommern
Erik von Malottki/AG Bezahlbarer Wohnraum/SPD/DIE LINKE/B90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4/interfraktionell angestrebt
7. Information der Verwaltung
8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
9. Informationen des Ausschussvorsitzenden
10. Sitzungsende

TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Herr Mundt eröffnet die Sitzung mit 15 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Die Vorlage 06/1059 unter TOP 6.4 (Erik von Malottki/SPD/Die Linke/B90/Die Grünen-Forum 17.4) wird ersetzt durch die Vorlage 1059.1 (Erik von Malottki – AG Bezahlbarer Wohnraum).

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 02.05.2017

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen

TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

keine

TOP 5. Beschlusskontrolle

TOP 6. Diskussion von Beschlussvorlagen

TOP 6.1. Änderung des Beschlusses B279-11/16 zur Übertragung von Anlagevermögen an den Eigenbetrieb See- und Tauchsportzentrum (heute Seesportzentrum Greif)

06/1042 Auf Nachfrage von Herrn Krüger erklärt Frau Teetz, dass im Zuge der Erstellung des Jahresabschlusses eine Klarstellung bei der Zuordnung zum Vermögen des Eigenbetriebes erfolgen muss.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen

TOP 6.2. 7. Änderungssatzung zur Benutzungs- und Gebührensatzung Musikschule

06/1049 Herr Witt bringt die Vorlage ein.

Aufgrund der aktuellen Tarifsteigerungen und der erhöhten Nebenkosten, müssen die Musikschulgebühren angepasst werden. Bei der Erhöhung der Unterrichtsgebühren 2017/18 wurde darauf geachtet, dass diese moderat ausfällt und die soziale Staffelung erhalten bleibt. Monatlich sollen sich die Gebühren um maximal 3,00 EUR erhöhen.

Herr Mundt möchte wissen, ob der Zuschuss von 26 TEUR feststeht, oder dieser noch nach oben offen ist.

Herr Witt erklärt, dass die Summe nach oben offen ist und davon abhängig, wer sich in der Musikschule anmeldet. Handelt es sich um sozial schwache Familien oder Familien mit mehreren Kindern. Daraus ergibt sich dann der benötigte Betrag.

Nach weiterer Diskussion wird die Vorlage empfohlen.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen

TOP 6.3. 3. Änderung der Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Erhebung von Gewässerunterhaltungsgebühren vom 22.02.2010 (Gewässerunterhaltungsgebührensatzung)

06/1048 Frau Lüdemann bringt die Vorlage ein.

Die 3. Änderung der Gewässerunterhaltungsgebührensatzung musste erarbeitet werden, da die alte Satzung abgelaufen ist.

Die Kalkulation umfasst den Zeitraum 2017 bis 2021. Die Bescheide sind mehrjährig und werden alle 5 Jahre verschickt.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

TOP 6.4. Vorschläge zu einem Maßnahmeplan der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zur Vorbereitung einer Mietpreisbremsenverordnung in Mecklenburg-Vorpommern

06/1059.1 Da Herr von Malottki nicht anwesend ist, gibt Herr Neubert Erläuterungen. Er möchte darauf hinweisen, dass die Vorlage als Diskussionsgrundlage zu sehen ist. Die AG Bezahlbarer Wohnraum hat die umfangreiche Liste erarbeitet. Herr Neubert möchte anregen, dass die Fraktionen über konkrete Änderungsanträge bis zur nächsten Bürgerschaftssitzung am 17.07. daran arbeiten.

Herr Ott erklärt, dass der CDU-Fraktion in Greifswald an einem vernünftigen Wohnungsmarkt gelegen ist und sie die einzelnen Punkte diskutiert haben.

Drei Punkte wurden herausgearbeitet.

Erstens machen Fehlbelegungsabgaben keinen Sinn, da, wie aus anderen Städten bekannt, häufig Mieter in den billigen Sozialwohnungen verbleiben und trotz Zahlung der Fehlbelegungsabgabe billiger wohnen, als wenn sie eine Wohnung auf dem freien Wohnungsmarkt mieten würden.

Vorgeschlagen wird, Wohnberechtigungsscheine herauszugeben. Die Leute müssten sich eine neue Wohnung suchen, sollten die Voraussetzungen für den Berechtigungsschein nicht mehr erfüllt werden.

Zweitens müsste die Stadt schnell Bebauungspläne und Flächen zur Verfügung stellen. Zuständige Bearbeiter sollten sich nicht selbst in diesen Plänen verwirklichen, da es das Bauen oft sehr teuer macht. Das betrifft auch Auflagen, wie z. B. die Errichtung von Kinderspielplätzen.

Der dritte Punkt betrifft die Verbilligungsrichtlinie. Errechnet wurde, dass sie auf die Richtlinie – Sozial - keine Rücksicht nimmt. Was für die Familien gedacht ist, kommt in Wirklichkeit dem Investor zugute.

Herr Bleckmann geht bei dem sozialen Wohnungsraum absolut mit. In der Frage der Nachverdichtung hat er erhebliche Probleme. Er verweist auf bereits bestehende enge Bebauungen. Insgesamt sind es Maßnahmen, die dazu geneigt sind, die Mietpreisbremse vor Ort in Kraft zu setzen. Er hält die Mietpreisbremse für „ein totes Pferd“ und lehnt daher die gesamte Beschlussvorlage ab.

Frau Socher verweist darauf, dass Greifswald innerhalb Deutschlands Platz 38 bei der Höhe der Mieten einnimmt. Das heißt besonders für Studenten, dass diese durchschnittlich 287 EUR für eine Wohnung zahlen. Die Preise sollten daher nicht weiter ansteigen.

Herr Kremer möchte den ersten Satz in der Beschlussvorlage unter B) Pkt. 7 dahingehend korrigieren, dass die 3.000 neuen Wohnungen bis 2030 nicht durch die Stadt gebaut werden, sondern dass diese die Voraussetzungen für eine Bebauung schafft.

Herr Dr. Fassbinder möchte sich bei den Einbringern der Vorlage bedanken. Er findet die Herangehensweise vernünftig, dass es keine Fraktionsvorlage mehr ist, sondern eine Vorlage der AG Bezahlbarer Wohnraum. Seitens der Verwaltung wurde zugearbeitet. Die Mietpreisbremse für sich wird nicht die große Lösung bringen. Es besteht aber die Hoffnung, dass die Maßnahmen einige Erleichterungen verschaffen.

Im Bereich B-Pläne ist in den letzten Jahren nicht genug getan worden. Die Verwaltung arbeitet jetzt verstärkt daran.

Die Verbilligungsrichtlinie hat zum Ziel, die Mieten günstiger zu machen. Um sich nicht auf die Richtlinie allein zu konzentrieren, schlägt Herr Dr. Fassbinder seitens der Verwaltung eine zweite Möglichkeit vor. Über ein Art Vergabesystem sollte derjenige den Zuschlag erhalten, welcher geringes Mieten anbietet.

Frau Teetz betont, dass die WVG, als größter Anbieter auf dem Wohnungsmarkt, mit Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung bereits 2015 beschlossen hat, die Mietpreisbremse einzuhalten. Auch bei Neuvermietungen wird sich an die gesetzlichen Vorgaben gehalten.

Am Ende der Diskussion wird die Vorlage durch den Finanzausschuss nicht empfohlen.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Herr Dr. Fassbinder merkt abschließend an, dass die Stadt aufgefordert ist, Vorschläge einzubringen. Wenn es keine von der Bürgerschaft beschlossene Vorschlagsliste gibt, wird die Verwaltung eigene Vorschläge einreichen.

TOP 7. Information der Verwaltung

Herr Maas informiert, dass die Genehmigung des Haushaltes 2017/18 vom Innenministerium noch nicht vorliegt. Positiv wird gewertet, dass es keine weiteren Nachfragen gibt. Daher geht er davon aus, dass das vorliegende Zahlenmaterial als gegeben verwendet wird und einer Genehmigung nichts im Wege steht.

Zur Prüfung des Jahresabschlusses 2012 gab es ein Arbeitstreffen zwischen dem Rechnungsprüfungsamt und der Kämmerei zur Besprechung der einzelnen Beanstandungen.

Die Beanstandungen wurden zum größten Teil anerkannt; bei einigen Punkten besteht noch Diskussionsbedarf. Der Bericht wird im Rahmen des Zyklus vorgelegt.

Auf Nachfrage erklärt Herr Maas, dass der Zeitplan vorsieht, den Jahresabschluss zur Feststellung in die Bürgerschaftssitzung im Dezember 2017 zu geben.

Wenn die Korrekturen erfolgt sind und der Rechnungsprüfungsausschuss den Prüfvermerk erstellt hat, könnte dieser Termin eventuell noch vorgezogen werden.

Aufgrund eines Berichtes in der „OZ“, wonach der Kreis die Erstellung der Jahresabschlüsse stark beschleunigt hat, möchte Herr Evers wissen, ob das nachvollziehbar ist, warum der Kreis so schnell ist.

Herr Maas erklärt, dass der Kreis und die Stadt nicht vergleichbar sind. Der Kreis hat kaum Anlagevermögen, während das Vermögen der Stadt im Wesentlichen aus Anlagevermögen besteht. Das mache auch den größten Teil der Prüfungsfeststellungen bzw. Beanstandungen in dem Rahmen aus. Dieser Teil ist zeitintensiver.

Frau Socher wurde durch Frau Vahl und Herrn Maas über den Jahresabschluss in Kenntnis gesetzt. Sie bittet, auch in Richtung des Rechnungsprüfungsausschusses, den Zeitplan zu verkürzen. Die erste Lesung des Jahresabschlusses in der Bürgerschaft hat jetzt stattgefunden hat. Die zweite Lesung findet erst im Oktober statt. Dazwischen liegen 4 Monate. Sie fragt an, ob der Jahresabschluss eventuell schon im Oktober vorgelegt werden könnte.

Herr Bleckmann antwortet, dass der Prüfumfang deutlich größer ist, als der vom Kreis. Durch die sechs Wochen Ferien steht nicht jedes Ausschussmitglied zur Verfügung. Außerdem ist die Personallage im Amt bekannt. Mitte des Jahres verlässt eine technische Prüferin das Rechnungsprüfungsamt, welche das städtebauliche Sondervermögen prüft. Bei der Aufstellung der Eröffnungsbilanz wurden Sondersitzungen durchgeführt. Das wird in diesem Fall genauso gehandhabt. Der Zeitplan ist knapp.

Wenn die anderen Ausschussmitglieder am Donnerstag signalisieren, dass sie sich in der Lage sehen, innerhalb des Zeitfensters ihre eigenen Prüfhandlungen durchzuführen, die zur Anfertigung des Prüfvermerkes notwendig sind, soll eine schnellere Bearbeitung an ihm nicht scheitern.

Herr Kremer informiert:

- Für die Abendschule wurden im letzten Hauptausschuss die Vergaben beschlossen. Zurzeit werden die Heizungen renoviert und im Außenbereich die Zuleitungen gelegt. Zum Beginn der Sommerferien sollen die eigentlichen Maßnahmen beginnen.

- Für die Fischerschule wurden sehr gute Ausschreibungsergebnisse erzielt. Der Hauptausschuss wird in der nächsten Sitzungsfolge über die Vergaben beraten. Geplanter Baubeginn ist Anfang der Sommerferien.

- Momentan wird die Ausschreibung für die C.D.F- Sporthalle vorgenommen. Die Vergabe könnte im übernächsten Hauptausschuss erfolgen und der Baubeginn im Herbst.

- Für das Archiv fehlt noch die baufachliche Prüfung. Es ist noch nicht ganz klar, ob sie in diesem Jahr noch erfolgen kann.

- Anfang des Jahres 2000 hat der Bund mit den Ländern und dem Städte- und Gemeindetag eine Vereinbarung für mitprivatisierte Vermögenswerte kommunaler Gebietskörperschaften in den neuen Ländern beschlossen. Daraus bekommt die Stadt noch eine Abschlusszahlung in Höhe von 320 TEUR.

TOP 8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

keine

TOP 9. Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

TOP 10. Sitzungsende

Herr Mundt beendet die Sitzung um 18.55 Uhr.

gez.
Thomas Mundt
Ausschussvorsitzender

gez.
Martina Meyer
für das Protokoll